Newsletter – Nr. 6 Sonderausgabe Sommerpause

Viel zu tun in der Sommerpause

Liebe Freundinnen und Freunde der CSA,

in den letzten Wochen haben drei große Ereignisse die Diskussion dominiert und werden uns sicher noch einige Zeit beschäftigen: Das britische Referendum über den Austritt aus der EU, die Auswirkungen des Putschversuchs in der Türkei und die innere Sicherheit in Deutschland.

Mit ihrem umsichtigen und verantwortungsvollen Handeln hat die bayerische Polizei Schlimmeres verhindern können und dafür gesorgt, dass sich die Menschen in München und Würzburg gut aufgehoben gefühlt haben. Dafür gebührt ihnen unser aufrichtiger Dank!

Die Entscheidung der Briten am für den Austritt aus der EU wirft viele komplizierten Fragen auf und hat in Großbritannien schon zu personellen Konsequenzen geführt. Klar ist: Großbritannien bleibt ein wichtiger Wirtschafts- und NATO-Partner, mit dem uns viel mehr verbindet als uns trennt. Aber: Es kann keine Sonderbehandlung geben!

Mit großer Sorge blicke ich derzeit auf die Türkei. Es ist klar, dass ein Putsch gegen eine demokratisch gewählte Regierung aufgearbeitet und auch vor den Gerichten verhandelt werden muss. Die „Säuberungsaktionen“ gehen darüber aber weit hinaus. Eine Türkei, die in Autokratie und Willkür versinkt, kann und darf für uns kein Partner mehr sein.

Herzlichst,

Euer Reiner Meier

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretender Landesvorsitzender der CSA

Amoklauf in München

Das brutale und geradezu menschenverachtende Verbrechen am Olympia Einkaufszentrum in München mit neun Opfern hat mich tief erschüttert.

Mein Mitgefühl gilt in erster Linie den Angehörigen der Opfer und der Verletzten, deren Wunden weit über den 22. Juli hinaus Zeit zum Heilen brauchen werden. Was einen jungen Menschen dazu treibt, eine solche Wahnsinnstat kaltblütig vorzubereiten und in die Tat umzusetzen, werden wir mit letzter Sicherheit nicht mehr erfahren.

Große Anerkennung und aufrichtiger Dank gebührt den Einsatzkräften der Polizei, der medizinischen Dienste und der Behörden, die in einer unübersichtlichen Situation reibungslos und professionell zusammengearbeitet haben. Dank geht aber auch an die Münchnerinnen und Münchner, die Menschlichkeit und Hilfsbereitschaft gezeigt haben. Freundlich und unbürokratisch wurden auf diese Weise Tausende von Menschen in Sicherheit gebracht werden.

Genauso wie die Polizei ihren Einsatz kritisch durchleuchtet und optimiert, beginnt in diesen Tagen auch die politische Aufarbeitung. Verfügt die Polizei über ausreichende Möglichkeiten? Wie können wir illegalen Waffenhandel über das Internet besser bekämpfen? Kann die Bundeswehr die Polizei sinnvoll unterstützen? An dieser Stelle ist in der Diskussion kein Platz für dogmatische Ideologie und linke Stimmungsmache.

Klar ist: Wir werden nicht aus blanken Aktionismus unsere Gesellschaft umkrempeln, sondern besonnen unsere Polizei- und Sicherheitsbehörden, wo es nötig ist rechtlich und personell stärken. Das sind wir unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig!

Brexit- Was nun?

Am 23. Juni hat sich die Bevölkerung des Vereinigten Königreichs in einem Referendum mit einer Mehrheit von 51,9 Prozent für den Austritt aus der Europäischen Union ausgesprochen. Nach dem Rücktritt des Premierministers und mehrerer Kabinettsminister hat die neue Regierung vor wenigen Wochen ihre Arbeit aufgenommen.

Keine Hängepartei! Die Verhandlungen über den Austritt aus der EU müssen zielgerichtet und fair geführt werden.

Auch wenn die Rhetorik der Brexit-Befürworter zuletzt nur noch schwer erträglich war, sollten wir auf die neue Situation besonnen reagieren. Die neue Premierministerin Theresa May hat bereits angekündigt, Anfang des nächsten Jahres den offiziellen Antrag nach Art. 50 des EU-Vertrags zu stellen. Danach bleiben zwei Jahre für die Austrittsverhandlungen mit der Europäischen Union.

In den Verhandlungen wird es zum Beispiel um die Frage gehen, welchen finanziellen Beitrag das Vereinigte Königreich für seinen Zugang zum Binnenmarkt bezahlt. Norwegen ist beispielsweise kein EU-Mitglied nimmt aber am europäischen Binnenmarkt teil und bezahlt dafür jährlich etwa 300 Mio. Euro. Unklar ist im Moment auch, wie es mit Schottland weitergehen wird. Bleibt es beim Vereinigten Königreich oder wird es als eigenständiger Staat Mitglied der EU? Wie werden sich Frankreich und Spanien verhalten, die mit Katalonien und dem Baskenland ebenfalls über Regionen verfügen, die laut über eine Unabhängigkeit nachdenken?

Schließlich wird auch die Frage der europäischen Grundfreiheiten eine zentrale Rolle spielen. Derzeit sind rund 2.500 deutsche Firmen mit 400.000 Mitarbeitern im Vereinigten Königreich tätig. Aber auch in Deutschland leben derzeit etwas über 100.000 britische Staatsbürger. Hier brauchen wir für die betroffenen Arbeitnehmer, aber auch für Schüler, Studenten und Rentner möglichst bald Rechtssicherheit! Die Forderung der britischen Regierung nach einem Zugang zum Binnenmarkt, ohne die Grundfreiheiten beachten zu müssen, ist für mich nicht akzeptabel. Europa ist nicht nur eine Freihandelszone, sondern auch eine Wertegemeinschaft. Das eine kann es ohne das andere nicht geben.

Aber auch die EU muss sich reformieren. Das gilt nicht nur für die juristischen Fragen, die der Austritt eines Mitgliedsstaats auslöst. Nicht ohne Grund beklagen sich viele Menschen in unserem Land über eine weit entfernte, „abgehobene“ EU. Hier brauchen wir endlich wieder mehr Bürgernähe, Transparenz und Kontrolle, damit die Krise der Europäischen Union ein Ende finden kann.

Ich meine: Wir werden faire aber an unseren Interessen orientierte Verhandlungen mit Großbritannien über den Austritt und die künftigen Beziehungen zur EU führen. Wir sollten aber nicht vergessen, dass Großbritannien in der Sicherheits- und Wirtschaftspolitik ein enger Partner ist und auch bleiben sollte!

EUCDA Vorstandssitzung in Lissabon

Im Juni fand die turnusmäßige Vorstandssitzung der EU-CDA in Lissabon unter dem Vorsitz von Elmar Brok statt. Dabei ging es neben aktuellen Fragen der Wirtschaftspolitik in Portugal auch um die neuen Vorschläge der EU-Kommission zur Entsenderichtlinie sowie das Freihandelsabkommen TTIP.

Interessante Gespräche zur Entsenderichtlinie und zur wirtschaftlichen Entwicklung Südeuropas auf der EUCDA Vorstandssitzung in Lissabon.

Der Generalsekretär unserer portugiesischen Partnerorganisation TSD und frühere Arbeitsminister Pedro Roque Oliveira berichtete von der aktuellen wirtschaftlichen Lage in Portugal, die immer noch von den Reformen nach der Finanzkrise geprägt ist. Zwischenzeitlich habe Portugal gute Fortschritte gemacht und verzeichne wieder ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum.

Breiten Raum nahm die Debatte über die von der EU-Kommission geplante Novelle der Entsenderichtlinie ein. Trotz Bedenken hinsichtlich der Subsidiarität möchte die Kommission durchsetzen, dass Arbeitnehmer, die in einen anderen EU-Staat entsandt werden, künftig zu den gleichen Bedingungen arbeiten sollen, wie Arbeitnehmer im Einsatzland. Damit soll Lohn- und Sozialdumping ein Riegel vorgeschoben werden. Widerstand dagegen regt sich vor allem in Osteuropa, aber auch in Dänemark und im Baltikum. Ich meine: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss auch hier gelten!

An einer gerechteren Rente dranbleiben! Gespräch mit Staatsministerin Emilia Müller MdL

Gute Gespräche in München: (v.l.n.r.) Peter Weiß MdB, StMin Emilia Müller MdL, Eva Welskop-Deffaa und Reiner Meier MdB

In einem ausführlichen Gespräch mit unserer Arbeitsministerin Emilia Müller MdL, dem Vorsitzenden der Arbeitnehmergruppe Peter Weiß MdB und der Rentenexpertin Eva Welskop-Deffaa (ver.di) habe ich mich nochmals für die CSA-Rentenposition stark gemacht: Kein weitere Absinken des Rentenniveaus, volle Mütterrente und eine Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge.

Wir sind bei der Staatsministerin auf offene Ohren und vor allem bei der Mütterrente auf tatkräftige Unterstützung gestoßen. Das ist ein guter Anfang, aber auch nur ein erster Schritt!

„Unser Dialog mit der Türkei läuft zunehmend ins Leere“

Immer den Überblick bewahren: Reiner Meier beim Besuch der NATO-Truppen in Hohenfels

Die türkische Regierung hält daran fest, dass Bundestagsabgeordnete nicht die 240 in Incirlik stationierten Bundeswehrsoldaten besuchen dürfen. Ich habe deshalb die Konsequenzen gezogen und im Juli meinen Austritt aus der deutsch-türkischen Parlamentariergruppe erklärt.

Dass wir wochenlang über den Truppenbesuch diskutieren mussten und selbst eine direkte Intervention der Bundeskanzlerin erfolglos blieb, grenzt an eine Farce. Der Besuch von Abgeordneten bei den eigenen Truppen ist eine diplomatische Selbstverständlichkeit und zeigt: Unser Dialog mit der Türkei läuft immer mehr ins Leere.

Als vor vier Jahren die Türkei durch Raketenbeschuss aus Syrien gefährdet war, hat die Bundeswehr als erster NATO-Partner überhaupt Flugabwehrstellungen zum Schutz der Türkei entsendet. Ebenso haben wir mit Soldaten in AWACS-Flugzeugen unseren Beitrag zu einer partnerschaftlichen Militärkooperation mit der Türkei erbracht. Für die heutige Verweigerungshaltung gibt es aus meiner Sicht keine Rechtfertigung. Sie ist eine unnötige Provokation.

Auch von den türkischen Kollegen hätte ich mir mehr erwartet. Kein Parlamentarier macht sich die Entscheidung über einen Militäreinsatz leicht. Wenn es aber keine Möglichkeit gibt, sich ein Bild von der Lage vor Ort zu machen, gibt es auch keine Basis für weitere Einsätze in der Türkei.

Aktuell ist die Türkei mit der Aufarbeitung eines Putschversuchs beschäftigt. Es ist richtig und notwendig, dass ein solcher Vorgang gegen eine demokratisch gewählte Regierung aufgearbeitet und rechtlich geahndet wird. Die freie Wahlentscheidung des türkischen Volkes muss unbedingt respektiert werden.

Die Säuberungsaktionen gegen weite Teile der Zivilgesellschaft, gegen Presse, Justiz und Verwaltung scheinen aber deutlich über eine rechtsstaatliche Aufarbeitung hinauszugehen. Inzwischen sind 76.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes suspendiert. Zeitweise wurden über 35.000 Menschen verhaftet. Geradezu erschreckend ist die Diskussion über die Wiedereinführung der Todesstrafe.

Ich sage deshalb in aller Deutlichkeit: Die Türkei entfernt sich immer weiter von Europa und seinen Werten. Vor diesem Hintergrund sind die Forderungen und Ultimaten nach einer Herstellung der Visafreiheit völlig deplatziert. Ich sehe derzeit keine Grundlage dafür. Ebenso sollten wir die Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union mindestens aussetzen. Klar ist: Ein Land, das die Todesstrafe tatsächlich wieder einführt, kann niemals Mitglied der Europäischen Union sein!

In eigener Sache: Reiner Meier einstimmig zum Spitzenkandidaten der CSA für die Bundestagswahl 2017 gewählt

Große Freude beim CSA-Bezirksverband Oberpfalz: Auf der Sitzung des CSA-Landesvorstandes am 22. Juli in Nürnberg wurde MdB Reiner Meier einstimmig zum Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl 2017 gewählt.

„Ich danke dem Landesvorstand für das große Vertrauen“, so Reiner Meier im Anschluss an die Sitzung. „In den nächsten Jahren werden im Bund wichtige Weichen neu gestellt - sei es bei der Rente, bei der Arbeitswelt von morgen oder bei der Gesundheitsversorgung. Hierfür brauchen wir in Berlin eine starke und schlagkräftige CSA!“

Bereits in seiner ersten Wahlperiode im Deutschen Bundestag hat Reiner Meier Akzente gesetzt: Als ordentliches Mitglied im Ausschuss für Gesundheit zuständig für Krankenhäuser hatte Reiner Meier die Krankenhaus- und die Pflegereformen der letzten Jahre maßgeblich mitgestaltet. Sein beharrlicher Einsatz für besseren Impfschutz führte zu Nachbesserungen beim Präventionsgesetz. Einen wichtigen Erfolg konnte Meier zudem bei der Umsetzung der langjährigen CSA-Forderung nach einer Korrektur der kalten Progression verbuchen, die zum Jahr 2016 korrigiert wurde.

In der aktuellen Rentendiskussion kämpft Reiner Meier gegen einen weiteren Verfall des Rentenniveaus. „Schon heute unterscheiden sich viele langjährig erworbene Renten kaum noch von der Grundsicherung. Das ist ungerecht und treibt zahlreiche ältere Menschen in die Altersarmut.“

Impressum - Verantwortlicher im Sinne des Presserechts

Reiner Meier MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227-78955
Fax: 030 227-76956
reiner.meier@bundestag.de

Bürgerbüro Reiner Meier MdB
Schmellerstraße 20
95643 Tirschenreuth
Telefon: 09631 7987436
Fax: 09631 7998089
reiner.meier.wk@bundestag.de

www.reiner-meier.de